

Wolfgang Berg
Die Brandstifter in der Heide

Doku-Roman

Die vorliegende Dokumentation beleuchtet die Akteure, die in Deutschland die Etablierung von sogenannten Wildnisgebieten maßgeblich steuern und vorantreiben. Sie zeigt uns, dass diese komplexen Abläufe der Natur nicht das Ergebnis menschlicher Wunschvorstellungen sein können. Sie beweist, dass man einen Urwald nicht mal eben so herbeizaubern kann.

Es ist an der Zeit, das geistige Potenzial der Menschheit auch dafür zu nutzen, den Wald wieder zu einem Ort des Gemeinwohls zu machen. Dazu gehört eine nachhaltige Form der Bewirtschaftung, Pflege und Holzernte, wie sie seit Jahrhunderten praktiziert wird. Das Sammeln von Beeren und Pilzen stellt ein grundlegendes Recht dar, welches allen Menschen zusteht. Dies gilt auch für sogenannte Wildnisgebiete, deren Eigentümer private Stiftungen sind. Diese Eigentümer verwehren nach eigenem Ermessen den Zutritt zu diesen Gebieten, was von Naturfreunden mit großer Besorgnis beobachtet wird. Es ist daher unerlässlich, dass die Öffentlichkeit ihre Interessen deutlich macht und sich für den freien Zugang zu Naturräumen einsetzt.

WOLFGANG BERG

**Die Brandstifter
in der Heide**

Doku-Roman

© 2024 Wolfgang Berg

Umschlaggestaltung und Illustration: Wolfgang Berg

Druck und Distribution im Auftrag des Autors:

tradition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg,
Germany

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Für die Inhalte ist der Autor verantwortlich. Jede Verwertung ist ohne seine Zustimmung unzulässig.

ISBN: 978-3-384-44582-7

Vorwort

Unsere Wälder sind ein unglaublicher Schatz, den es zu bewahren gilt. Doch sie sind durch den Klimawandel besonders bedroht, deshalb müssen wir uns diesem Thema mit größter Sorgfalt widmen. Je mehr Nadeln und Blätter vorhanden sind, desto wirkungsvoller kann der Wald das klimaschädliche Kohlendioxid aus der Luft filtern und in Sauerstoff und Kohlenstoff umwandeln.

Es wäre wirklich großartig und ein Riesenschritt nach vorn, wenn der Wald die richtige Unterstützung vom Menschen bekäme. Das muss unser vorrangiges Ziel sein, denn das würde das Klima spürbar verbessern. Würden weltweit geeignete Flächen aufgeforstet und bestehende, degradierte Wälder instand gesetzt werden, könnten dadurch 226 Gigatonnen Kohlenstoff zusätzlich gebunden werden. Das ist das Ergebnis einer Studie, die am 13.11.2023 im Fachjournal „Nature“ erschienen ist. Es bedarf also keiner künstlich angelegten Wildnis, die nach wissenschaftlicher Expertise der Umwelt keinen Nutzen bringt. Wälder sind außerdem ein toller Lärmschutz, sie halten den Lärm von Siedlungen fern. Und nicht zu vergessen: Wälder sind ein wunderbarer Ort der Erholung, der Bildung und des Naturerlebens, wenn sie betreten werden dürfen.

Doch was passiert gerade mit unseren Wäldern?

Die fortschreitende Destruktion der Wälder hat gravierende Auswirkungen auf das Landschaftsbild im Wald. Der Boden ist bedeckt mit Totholz, das vom Kronenholz bis zum besten Stammholz variiert. Es wartet auf sein zugedachtes Schicksal. Borkenkäfer haben Hochkonjunktur und erfreuen sich auch an den noch gesunden Bäumen. Die Wälder verwildern in einem Maße, dass Spaziergänger sich nicht mehr darin bewegen können.

In den sogenannten Wildnisgebieten dürfen Wälder erst gar nicht mehr betreten werden. Kiefernwälder, die unsere Vorfahren dort einst für uns gepflanzt haben – einschichtige, gleichaltrige und großflächig entmischte Kiefernreinbestände werden sie spöttisch genannt – werden nicht als Bauholz oder zur Energiegewinnung genutzt, sondern dort, wo Wildnis entstehen soll, zum Teil einfach niedergebrannt. Der Abschlussbericht eines DBU-Projektes zur Renaturierung von Kiefernreinbeständen liefert folgende Erklärung dafür:

„Der Mangel an Strukturvielfalt und Biodiversität von einschichtigen, gleichaltrigen und großflächig entmischten Kiefernreinbeständen verlangt für dessen Renaturierung ehrgeizige waldbauliche Strategien bei Waldumbau und Überführung: Entnahme von Altbäumen und Totholzerzeugung, Windwurf- und Windbruchsimulation, Waldbrand, Voranbau mit Buche und Eiche sowie Zaunbau.“¹

Ich war der Meinung, dass ein solches Vorgehen nicht im Interesse der Allgemeinheit sein kann und fragte mich, warum die Regierung nicht gegen Brandstiftung und andere Formen der Waldzerstörung vorgeht. Als ich mich jedoch eingehender mit der Abkürzung „DBU“ befasste, stieß ich auf folgende Informationen:

„Die Deutsche **Bundesstiftung Umwelt** (DBU) ist eine Stiftung der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Osnabrück.“³

- gegründet: 18. Juli 1990
- Stiftungskapital: 1,3 Milliarden Euro
- Für Förderprojekte stehen jährlich ca. 45 Mio. € zur Verfügung.
- Die Umweltstiftung wird von einem 14-köpfigen Kuratorium geleitet, das von der Bundesregierung berufen wird.

Motivation und Relevanz

Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt („NBS“; BMU 2007, S. 31) ist über alle Ressorts der Bundesregierung abgestimmt (2011 bestätigt). In dieser Strategie ist die natürliche Waldentwicklung auf einem Anteil von 5 % der bundesdeutschen Waldfläche als Teilziel („NWE5“) enthalten; das entspricht etwa 530.000 ha. Solche Flächen stellen mithin einen Beitrag zur Umsetzung der Waldnaturschutzstrategien der Bundesländer und der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung dar.

Das - ebenfalls geforderte – 2 % Wildnisziel hat große Überschneidungsbereiche mit diesen Flächen.⁴



Abb. 12.

Möglichkeiten der Totholzetablieferung mittels Verletzung des Kambiums am stehenden Stamm (a & b) und technische Umsetzung der Windbruchsimulation (c) (aus: SIMILÄ & JUNNINEN 2012, S.15a, b, und c)



Abb. 14.

Unterschiedliche Behandlungsvarianten in Kombination mit Feuer
(aus: VANHA-MAJAMAA et al. 2007; S. 80)

Bilder aus: „Konzeption eines DBU-Projektes zur Renaturierung von Kiefernreinbeständen – Projektlaufzeit und Projekt-Nr. bei der DBU: 01.04.2012 – 30.09.2013, AZ 30108-33/0“ nachfolgend in dieser Broschüre als „DBU-Projekt“ benannt.

Bilder oben: Seite 35 (DBU-Projekt), unten: Seite 39 (DBU-Projekt).

Wagner²

Das durch die TU Dresden erarbeitete DBU-Projekt wurde folglich im Auftrag der Regierung initiiert und befindet sich nun offenbar in der Umsetzungsphase. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die zahlreichen Waldbrände in den Naturschutzgebieten als integraler Bestandteil des Wildniskonzepts betrachtet werden muss, welches offenbar auch die Einbeziehung von Waldbränden beinhaltet. Diese Erkenntnis könnte auch die bisherige Erfolglosigkeit der Behörden bei der Identifizierung und strafrechtlichen Verfolgung der Brandstifter erklären.

Die Vermutung liegt nahe, dass die Brandstifter möglicherweise sogar beauftragt wurden, das Feuer zu legen. Eine strafrechtliche Verfolgung dieser Personen wäre dann zwar relativ einfach, aber widersprüchlich.

Wildnis – ein wunderschöner Name, der so viele Menschen in seinen Bann zieht. Auch wenn sie sich der Bedeutung dieses Wortes nicht ganz bewusst sind, identifizieren sie sich damit und drücken dies auch mit ihrer Stimme bei Wahlen aus. Das DBU-Projekt ist dem Normalbürger nicht bekannt, doch die malerischen Naturbilder, die sie sich von den Medien präsentieren lassen, blenden sie und lassen sie an eine Wildnis glauben, die in Wirklichkeit gar nicht existieren kann.

Entsprechend Umfragen des NABU würde eine wachsende gesellschaftliche Sehnsucht nach dem Wilden bestehen. Fast achtzig Prozent möchten demnach mehr Wildnis in Wäldern und meinen, dass abgestorbene Bäume und Totholz in den Wald gehören. Knapp acht von

zehn Befragten sind aber der Auffassung, dass Wildnis auch für den Menschen zugänglich sein sollte und glauben auch daran. Sie wissen nicht, dass genau das nicht passieren wird, weil für Wildnisgebiete ein Betretungsverbot gilt. Die an den Wegen dorthin aufgestellten Schilder haben einen derart abschreckenden Charakter, dass ein Aufenthalt in der Natur an dieser Stelle sowie eine Befahrung mit dem Fahrrad als nicht erstrebenswert erscheinen. Bei Verstößen gegen die auf den Schildern angezeigten Verbote drohen den Verursachern empfindliche Geldbußen von bis zu 65.000 Euro.

I

Das Märchen von der schönen Wildnis



An einem wunderschönen Sonntag im Juli 2024 hatte ich die Absicht, von Drachhausen nach Klein-Liebitz zu fahren. Ich war ziemlich überrascht, als ich feststellte, dass mein Routenplaner zwei verschiedene Routen ermitteln

konnte. Die erste Route, die meines Wissens offiziell nicht mehr existiert, führte durch die wunderschöne Lieberoser Heide und war nur 9 km lang. Die zweite Route war etwas länger, führte aber über Landes- und Bundesstraßen. Die Fahrzeit für beide Routen wurde mit 20 Minuten angegeben, also sollte das eigentlich ganz gut machbar sein.

Ich bevorzugte allerdings mein Fahrrad und die Route durch die Lieberoser Heide, denn ich wollte nur eine Spazierfahrt unternehmen und nebenbei vielleicht noch ein paar Pfifferlinge am Burghofsee sammeln.

Ein Ehepaar aus Cottbus unternahm sogar eine Fahrt mit dem Auto nach Drachhausen. Auch ihnen war das Pilzparadies am Burghofsee bekannt. Sie parkten ihr Fahrzeug am Waldrand und fuhren gemeinsam mit mir per Fahrrad in Richtung Klein-Liebitz. Eine Wegesperre aus riesigen Baumstubben und auch ganzen gefällten Bäumen stoppte uns. Die Erklärung dafür fanden wir auf einem gelben Schild mit einer Eule darauf und einer Erklärung darunter. Diese Schilder machten darauf aufmerksam, dass wir ein Totalreservat der Zone 1 vor uns hatten und dass das Betreten verboten sei.

„Das ist ein Skandal!“, empörten sich meine Weggefährten aus Cottbus. „Der Gesetzgeber verspricht, allen Erholungssuchenden ein unmittelbares Naturerlebnis zu ermöglichen, indem er im Grundsatz freie Betretensrechte in Wald und Flur für jedermann einräumt.“

„Aber leider nur im Grundsatz“, sagte ich. „An anderer Stelle fordert er nämlich, Deutschland braucht Wildnis.“

„Brauchst du Wildnis?“, fragte meine neue Bekanntschaft und ergänzte gleich: „Ich nicht, den Wolf übrigens auch nicht. Der scheint mir in Deutschland mehr wert zu sein, als der Mensch. Dem werden mehr Rechte eingeräumt. Das mit der Wildnis kommt mir sowieso wie ein schlechtes Märchen vor, da fehlt nur noch das Rotkäppchen. Mich würde es nicht wundern, wenn im Konzept der Stiftung auch noch die Kleine mit der roten Kappe auftauchen würde.“

„Geht nicht - Betreten verboten“, sage ich. „Aber der Wolf könnte sie ja einschleusen. Nein, im Ernst: Meines Wissens gibt es laut Conservation International weltweit nur 37 Wildnisgebiete. Mindestens 70 Prozent der ursprünglichen Vegetation und mehr als 10.000 Quadratkilometer sind dafür nötig, ja, und bewohnt sind solche Gebiete auch kaum.“

„Es ist durchaus interessant zu beobachten, dass viele Deutsche mit dem Begriff Wildnis nicht viel anfangen können. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass sie dieser klimapolitisch wenig zielführenden Umweltpolitik zustimmen“, sagte mein Weggefährte aus Cottbus.

„Ja, genau, sagte ich. Wenn diese Landsleute die vermeintliche Wildnis betreten wollen, um sich zu erholen oder Pilze zu suchen, werden sie zweifellos eines Besseren belehrt. Bei den Wahlen in den EU-Ländern zeigt sich, dass die etablierten Politiker gegenüber den neuen Parteien ins Hintertreffen geraten. Das könnte daran liegen, dass sie zu wenig auf die Bevölkerung hören und stattdessen zu sehr auf diejenigen setzen, die viel Geld mit politischen Entscheidungen verdienen.“

Wir waren nicht die einzigen Pilzsucher, stellte ich bald fest, andere Erholungssuchende füllten auch ihre Körbe mit diesen schmackhaften Pilzen. Ich aber zog es vor, meine Reise nach Klein-Liebitz fortzusetzen. Unterwegs sah ich rechts und links des Weges die Vorboten der Entstehung eines „Urwaldes“, wie Brandrodung, verrottenes Holz und käferzerfressene Bäume. Aber auch die Gedanken an die Einschränkungen meiner bürgerlichen Rechte waren mein Begleiter und ich dachte an die Worte meiner Cottbuser Freunde, die diese Maßregelungen als Skandal bezeichneten und schimpfte selbst in Gedanken vor mich hin:

„Es ist inakzeptabel, dass nicht nur das Betreten der umliegenden Wälder untersagt ist, sondern auch das Befahren des Verbindungsweges zwischen zwei benachbarten Ortschaften. Bei Zuwiderhandlung wird eine empfindliche Geldbuße von 65.000 € angedroht. Solche Maßnahmen sind völlig ungerechtfertigt und widersprechen jeglicher Auffassung von Recht und Ordnung. In Brandenburg gilt das Verbot auf einer Fläche von 60.000 ha, das sind 2 % der Landesfläche. Das ist wirklich unglaublich und nicht hinnehmbar.“

Ich nahm mir mein Handy zur Hand suchte die aktuelle Gesetzeslage – ich wollte es gleich wissen, was mir blüht, wenn ich bei dieser Spazierfahrt erwischt werde – und ich fand sie:

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 39 Absatz 2 Nummer 2 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten

der §§ 4 und 4a oder den Bestimmungen des § 5 zuwiderhandelt.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können gemäß § 40 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes mit einer Geldbuße von bis zu 65.000 Euro geahndet werden.

§ 4 a Besondere Verbote für die Zone 1

(1) Über die Verbote des § 4 hinaus ist es untersagt, die Flächen der Zone 1 forstwirtschaftlich oder in anderer Weise wirtschaftlich zu nutzen.

Dazu gehört auch das Sammeln von Pilzen.

Am Ende meiner Fahrradtour stellte ich mir die Frage, die sich viele stellen und keine Antwort finden:

„Ist es wirklich die Absicht der Bundesregierung, gegen jeden wissenschaftlichen Sachverstand und gegen den Willen der Bevölkerung eine sogenannte Wildnis in Deutschland zu schaffen?“

Es kann nicht die optimale Lösung sein, aus ehemals normalen Kiefernwäldern, welche in Kontakt-Zustand dem Klimawandel entgegenwirken würden und deren aromatischen Duft auch unsere Besucher sehr schätzten, eine unstrukturierte Landschaft zu kreieren, die als Wildnis bezeichnet wird und nicht in diese Gegend passt.

Möglicherweise sind sich die Entscheidungsträger der Tragweite ihres Handelns nicht in vollem Umfang bewusst und sehen keine Möglichkeit, eine alternative Option einzubringen.“

Als Beispiel kann hier die „Verordnung über das Naturschutzgebiet Lieberoser Endmoräne“ vom 8. Dezember

1999 (GVBl.II/00, [Nr. 01], S. 2) angeführt werden, in der die Zukunft der Lieberoser Heide bereits festgelegt wurde. Diese Verordnung basiert auf den europäischen Verträgen, insbesondere auf den Beschlüssen des Europäischen Rates in Paris aus den Jahren 1972 und 1987. Letzterer führte mit der Einheitlichen Europäischen Akte einen neuen Titel „Umwelt“ (Titel VII) ein, der die erste Rechtsgrundlage für eine gemeinsame Umweltpolitik bildete. 1993 wurde mit dem Vertrag von Maastricht und 1999 mit dem Vertrag von Amsterdam in Artikel 3c die Einbeziehung des Umweltschutzes in alle sektoralen Politiken der EU zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung festgeschrieben ...

Ich möchte mir nicht anmaßen, diese dort beschlossenen Maßnahmen zu beurteilen, aber manchmal erscheint mir der von den Umweltpolitikern beschrittene Weg in eine Sackgasse zu führen. Es lässt sich beobachten, dass das eventuelle Bestreben, in der wissenschaftlichen Community als innovativ zu gelten, dazu führt, dass sich die Akteure in ihren Ideen gegenseitig übertreffen. Diese Problematik betrifft nicht nur die obersten Gremien der EU, sondern beispielsweise auch das von der Bundesregierung an die TU Dresden in Auftrag gegebene DBU-Projekt, in dessen Rahmen unter anderem Waldbrandstiftungen publiziert werden. Dabei werden bisweilen Ideen präsentiert, die als kriminell zu bezeichnen sind, da jeder normale Bürger, der sich im Wald nach diesen Richtlinien verhalten würde, mit hohen Strafen rechnen müsste.

Beispiel: Die sich als oberste Naturschützer in Brandenburg wähen, die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg, behauptet von sich:

„Wir, die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg, sichern und vernetzen große Wildnisgebiete, damit sich dort die Natur frei entfalten kann. Das ist unser Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Wir schaffen Urwälder von morgen und bringen den Menschen die Bedeutung und Schönheit ungestörter Natur nahe.“⁵

Es stellt sich die Frage, ob die Mitarbeiter der Stiftung selbst an die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen glauben. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies zu verneinen, da die von ihnen durchgeführten Eingriffe die Natur schädigen. Konkret wurden die Wälder innerhalb der Grenzen der Stiftung durch Feuer vernichtet, nicht außerhalb.

Interessant sind die nachfolgenden Ausführungen von Prof. Dr. Michael Müller, er leitet die Professur für Waldschutz an der Technischen Universität Dresden in Tharandt und vertritt u. a. die Waldbrandthematik in Lehre und Forschung:

„Waldbrände schaden in Deutschland nicht nur dem Wald selbst, sondern auch der Umwelt und den Menschen. Mit jedem Brand werden auf unnatürliche Weise Unmengen an Pflanzen, Tieren und Pilzen getötet, Treibhausgase, Feinstaub und Gifte freigesetzt. Auch deshalb sind Methoden des vorbeugenden Abbrennens zur Brandlastabsenkung oder von Pflegemaßnahmen durch Feuereinsatz in Wäldern nicht vereinbar mit den Anliegen von naturnaher Waldbewirtschaftung, naturnahem Naturschutz und Klimaschutz. Einzig der Einsatz von Vor- oder Gegenfeuern in nicht anders zu lösenden Waldbrandbekämpfungssituationen wären akzeptabel, müssen aber professionell gehandhabt werden.“⁶

Im Folgenden wird die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg genannt. Es sei darauf verwiesen, dass sie in Übereinstimmung mit den Vorgaben der EU-Richtlinien handelt.

Dr. Hans-Joachim Mader sagte als Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg bereits 2010 auf der Wildniskonferenz dazu:

„Unsere Mission ist schnell erklärt: Wir kaufen, vornehmlich auf ehemaligen Truppenübungsplätzen Flächen auf, um diese dauerhaft einer ungestörten und von Menschen unbeeinflussten Naturentwicklung zu überlassen. So entsteht Wildnis.“⁷

Fast im gleichen Atemzug fügte er hinzu, dass er auch Feuer als ein Teil von Wildnisentwicklung versteht.

Es liegt die Vermutung nahe, dass es gewollt ist, dass die Brandstifter nicht gestellt und benannt werden. Wölfe auf Wildkameras scheinen interessantere Fotomotive zu sein, wie zahlreiche Artikel und Reportagen zeigen.

Am 06.08.2017 sagte beispielsweise eine Wolfsexpertin im rbb Fernsehen in der Sendung „Die Rückkehr der Wölfe - Geliebt, geduldet, gehasst“:

„Glücksmomente gibt es für die Rudelbeobachterin, wenn die Wildkamera gute Fotos schießt. Der Wolf spaltet die Gemüter, auch im Gebiet der Lieberoser Heide.“⁸

Es gibt eine Vielzahl solcher Glücksmomente, nur leider nicht, wenn es um Waldbrandstifter in der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg geht.

Auf dem Gebiet der Stiftung NLB sind in großer Zahl Wildkameras installiert, auch in der Nähe von starken Baumstämmen und Wurzeln, die über die Wege gelegt wurden. Diese Barrieren sollen offensichtlich auch die Durchfahrt von Feuerwehrfahrzeugen unmöglich machen. Unerwünschte Personen werden von den Kameras erfasst, Brandstifter gehören sicher nicht dazu.

- Es hat den Anschein, dass die Stiftung NLB die Auffassung vertritt, dass die abgebrannten Wälder die Grundlage für einen Urwald bilden.

Ein Urwald würde auch durch natürliche Einflüsse erst nach vielen tausend Jahren entstehen. Daher erscheint es wenig wahrscheinlich, dass der Mensch diesen Prozess beschleunigen kann, schon gar nicht durch Waldbrände.

- Die Stiftung NLB initiiert Rundfahrten auf Beton- oder Asphaltpisten, um der Öffentlichkeit die „Bedeutung und Schönheit unberührter Natur“ zu präsentieren – ein durchschaubarer Versuch, das eigene Handeln der Schaffung von sogenanntem „Urwald“ zu legitimieren.

Diese Argumentation ist nicht korrekt. Es ist bedauerlich, dass die wahre Schönheit der Lieberoser Heide den Besuchern verborgen bleibt. Und noch bedauerlicher ist es, dass das wirklich schöne Gebiet um den Burghofsee, den

Kleinen und Großen Zehmesee, den Möllnsee und die vielen anderen Kleinode dieser herrlichen Gegend nicht betreten werden dürfen. Die Möglichkeiten, die Lieberoser Heide zu erkunden, sind derzeit sehr eingeschränkt und entsprechen nicht den Vorstellungen echter Naturliebhaber.

Von einem als Aussichtsturm dienenden Betonkoloss aus kann man derzeit nur eine trostlose, spärlich bewachsene Sandwüste überblicken, deren Bewaldung von der Stiftung NLB keinerlei Beachtung geschenkt wird. In diesem Zusammenhang ist zu kritisieren, dass der ehemalige hässliche „Generalshügel“ mit teurem Inventar ausgestattet ist. Es sollte überlegt werden, ob es nicht sinnvoller wäre, die vielen Milliarden Euro, die europaweit für Maßnahmen illusorischer Urwaldschaffung ausgegeben werden, in die Pflege der Wälder zu investieren.

In Bezug auf die Normalisierung des Klimas wird zunächst die Bergung der verbliebenen Munition und im Anschluss die Pflanzung von Bäumen empfohlen. Des Weiteren wird empfohlen, den Wald grundlegend aufzuräumen, um dessen Ästhetik und Ansehnlichkeit zu verbessern und ihn als Erholungsort für die Bevölkerung wieder nutzbar zu machen. Dazu ist die Beseitigung einer Vielzahl von Abfällen erforderlich, darunter Sondermüll und Gefahrstoffe, sowie der Hinterlassenschaften der sowjetischen Streitkräfte. Als Beispiel für die gravierenden Umweltbelastungen kann der ehemalige Müllentsorgungsplatz der Russen (Jagen 203) genannt werden, der nach deren Abzug lediglich mit einer Schicht märkischen Sandes bedeckt wurde.

- Die Priorisierung der Biodiversität vor dem Klimaschutz, wie sie von der Stiftung in ihren Wäldern vorgenommen wird, kann als Affront gegen die Interessen des globalen Klimaschutzes gewertet werden, da die Erhaltung der biologischen Vielfalt zwar ein wichtiges, jedoch nicht das einzige Ziel auf unserem Planeten ist.

Eine den Breitengraden angemessene Vielfalt kann durch die Natur selbst gewährleistet werden, ohne dass der Mensch eine wesentliche Rolle spielt. Dies schließt auch Maßnahmen wie die Produktion von Totholz aus, deren ökologische Sinnhaftigkeit zumindest fraglich ist. Ziel sollte es vielmehr sein, Wälder so aufzuforsten, dass sie einerseits CO₂ binden und andererseits eine nachhaltige Holzproduktion gewährleisten, die ebenfalls zur CO₂-Bindung beiträgt.

- Schon seit längerem wird darüber spekuliert, dass Munition als Ursache für die zahlreichen Brände in Frage kommen könnte. So kann beispielsweise die Entzündung von phosphorhaltigen Leuchtschrapnellgeschossen bei hoher Hitze und Trockenheit zu Waldbränden führen. Dies scheint aber nicht der Grund zu sein. Die Fakten sprechen dagegen, wie die Häufigkeit von Großbränden auf den Gebieten der Stiftung NLB zeigt.

Seit Beginn der Waldbrandwelle im Jahr 2017 in den Wäldern der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg kam es in Jüterbog bis zum Jahr 2023 zu insgesamt zehn Großbränden. In der Lieberoser Heide wurden 14 Großbrände registriert.

Von allen ehemaligen Truppenübungsplätzen in Brandenburg weisen Jüterbog und Lieberose eine besondere Häufung von Bränden auf. In der Wittstocker Heide, der Uckermark sowie weiteren vergleichbaren Gebieten kam es trotz Vorhandensein von Munitionsaltlasten zu einer deutlich geringeren Anzahl von Bränden.

Wer in der Lieberoser Heide lebt, wird schnell erkannt haben, dass die Brände kein Zufall waren. Denn als die Sowjetarmee hier noch den Krieg probte, gab es diese Brände nicht. Damals wurde mit Munition aller Art geschossen. Nach diesen Übungen blieb viel mehr Munition in den Wäldern zurück, als heute noch vereinzelt zu finden ist.

Im Anschluss an den Truppenabzug wurde seitens der Pilzsucher eine Vielzahl an Munition entdeckt. Die Dichte an Geschossen pro Quadratmeter belief sich mancherorts auf bis zu zwei. Ein Großteil der Munition ist inzwischen durch den Munitionsbergungsdienst beseitigt worden. Derzeit lassen sich vornehmlich leere Geschosshülsen beobachten, die noch vereinzelt im Gelände zu finden sind.

Es bleibt festzuhalten, dass es trotz der vielen Pilzsammler während der Saison zu keinen Explosionsunfällen gekommen ist. Des Weiteren sind auch keine Berichte über Wildunfälle, die durch Munitionseinwirkung verursacht wurden, bekannt.

Das Betretungsverbot wird jedoch auch mit der Gefahr von explodierender Munition begründet, ähnlich wie

Waldbrände darauf zurückgeführt und gerechtfertigt werden. Dies stellt einen durchaus gewitzten Schachzug dar, der einer näheren Betrachtung bedarf.

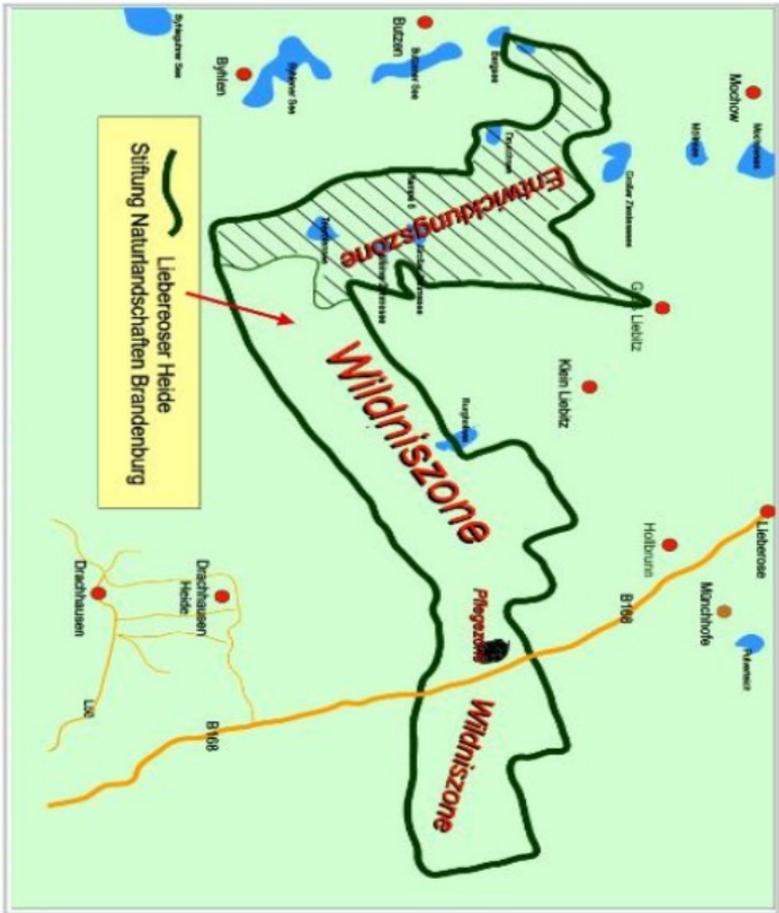
Unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Einzelbeweisen sowie des beschriebenen Täterprofils drängt sich eine andere bemerkenswerte Hypothese auf. Es kann davon ausgegangen werden, dass Naturschützer selbst für die Brandstiftung verantwortlich sind. Diese auffällige Beobachtung lässt sich möglicherweise auf das Vorhandensein großer Kiefernwälder in diesen Regionen zurückführen. Diese werden von Umweltschützern wegen ihrer Monokultur und der möglichen negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt kritisch gesehen.

Böse Zungen sagen sogar, was viele Menschen rund um die Lieberoser Heide schon lange zu wissen glauben: Die Stiftung zündelt selbst in ihren Wäldern, metaphorisch gesprochen, um eine reiche und vielfältige Wildnis zu schaffen. Über dieses Thema berichtete rbb24 Brandenburg aktuell am 21. Juli 2024 um 19:30 Uhr. In dem Beitrag kam auch der Geschäftsführer der Stiftung NLB, Dr. Andreas Meißner, zu Wort. Dazu ist zu lesen:

An diejenigen, die die Naturschützer verdächtigen, appelliert er, „dass es schön wäre, wenn man diese Menschen durch Argumente überzeugen könnte, dass sie auf dem falschen Dampfer sind.“ Die Vorwürfe gegen die Stiftung seien völlig unhaltbar. Meißner und seine Mitarbeiter wollten natürlich keine Feuer auf den Flächen - im Gegenteil. Man habe auch sonst genug zu tun und die Feuer seien eine riesige Belastung. „Wir würden uns

über Unterstützung freuen und nicht über kritische Nachfragen von der Seite“.⁹

Das ist interessant zu lesen, denn an anderer Stelle hat er eine ganz andere Meinung. Während einer Brandschutzübung im Naturschutzgebiet Jüterbog gab es von der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg folgende Aussagen: „Das nun getestete Waldbrandschutzsystem wurde von der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg Ende letzten Jahres fertiggestellt und beruht auf einem mit Landkreis, Feuerwehr, Forstverwaltung, Naturschutz und weiteren Experten abgestimmten Konzept. Ab und an auftretende Brände sind für die Natur nicht per se eine Gefahr, sondern oft sogar eine Bereicherung der natürlichen Dynamik. Maßgabe ist es, die Wildnisflächen in der Kernzone des Naturschutzgebietes von Eingriffen freizuhalten und gleichzeitig umliegende Flächen vor einem Übergreifen von Feuern zu schützen.“¹⁰



Entwicklungszone, mit Tierrefugium, kleiner und großer Zehme, Ausgerechnet in den Grenzen der für Wildnis vorgesehenen Zone brannte es im Laufe der Jahre fast flächendeckend. Zufall?

Meißners Vorgänger, Dr. Hans-Joachim Mader, sagte als Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung NLB bereits 2010 auf der Wildniskonferenz:

„Da wir auch Feuer als ein Teil von Wildnisentwicklung verstehen, der benachbarten Bevölkerung aber kein erhöhtes Risiko zumuten wollen, setzen wir in Abstimmung mit den Kreisbrandmeistern ein Brandschutzkonzept um.“¹¹

Diese Entwicklung konnte in den vergangenen Jahren mit einer bemerkenswerten Kontinuität beobachtet und die Wildniszone daher bereits als NWE-Fläche (Wälder mit natürlicher Entwicklung) ausgewiesen werden. Die Bezeichnung „Wildnis“ oder „Urwald“ erscheint in Anlehnung an den Sprachgebrauch derjenigen, die diese Flächen neu definieren, zutreffend. Daraus lässt sich schließen, dass direkte forstliche oder naturschutzfachliche Eingriffe dauerhaft ausgeschlossen sind. Zuvor hatte die Fläche den Status einer Entwicklungszone, in der sie auf die Wildnis vorbereitet wurde. Ein Waldbrand löste den anderen ab.

Die Kernzonen des Naturschutzgebietes wurden durch Feuer zerstört und von Maßnahmen der Feuerwehr freigehalten. Die Aufgabe der Einsatzkräfte beschränkte sich auf die Verhinderung einer Ausbreitung des Feuers auf angrenzende Flächen, die Brandbekämpfung im Gebiet der Stiftung NLB war dagegen nicht gewollt, wie es Dr. Hans-Joachim Mader bereits 2010 auf der Wildniskonferenz ankündigte.

Es kann angenommen werden, dass die Zeit der Waldbrände auf den Flächen der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg nun der Vergangenheit angehört. Die festgelegten Kriterien scheinen erfüllt worden zu sein.

Und trotzdem berichtet RBB24 am 17.11.24¹²: „Ermittler rätseln über Hunderte von Brandstiftungen“ und von einem „großen Dunkelfeld“.

Die Waldbrandstatistik „Übersicht 1 C: Waldbrände nach Besitzarten/Privatwald“¹³ belegt, dass Brandenburgs Wälder in den letzten Jahren überdurchschnittlich häufig von Waldbränden betroffen waren. Im Jahr 2023 waren es 729,13 Hektar, was zwei Dritteln aller in Deutschland registrierten Waldbrände entspricht. Diese konzentrierten sich nahezu ausschließlich auf das Gebiet der Stiftung NLB. Das verdeutlicht, mit welchen Mitteln die Entwicklungszone auf die Wildnis vorbereitet wurde.

Gemäß statistischen Erhebungen des Landesforstbetriebs des Jahres 2023 lassen sich bei rund 400 (25 %) von insgesamt etwa 1.800 registrierten Waldbränden seit dem Jahr 2019 in Brandenburg Indizien für eine vorsätzliche Brandstiftung feststellen. In der Kategorie „unbekannte Ursache“ werden seit 2019 insgesamt 650 Fälle erfasst.¹⁴

Unter der Prämisse, dass Waldbrände nahezu ausschließlich durch Menschen verursacht werden, sei es durch fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung, lässt sich ableiten, dass die Zahl der Waldbrandstiftungen damit insgesamt mindestens bei 50 % liegen könnte. Aber diese versteckten Brandstiftungen fließen gar nicht als solche in die Statistik ein.

Beweis: In der „Waldbrandstatistik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2023“¹⁴ werden von insgesamt 1.240 ha Waldbrandfläche nur 34,56 ha auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt.

Die sogenannten Wildnisflächen wurden wahrscheinlich nicht berücksichtigt, die ja den Löwenanteil ausmachen. Dies steht im Widerspruch zur statistischen Erhebung

des LFB, wonach 25 % der Waldbrände vorsätzlicher Brandstiftung zugeordnet werden sollten. Die Kategorie „unbekannte Ursache“ umfasst eine Fläche von 960 ha, die in dieser Betrachtung gleich gar nicht berücksichtigt wird. In Deutschland werden sogenannte Wildnisgebiete in Bezug auf Waldbrand demnach nicht zum deutschen Wald gezählt, was aus wildbiologischer Sicht als bemerkenswert zu bezeichnen ist.

Die statistischen Daten belegen weiterhin, dass im Jahr 2023 in Deutschland ca. 1,85 Millionen Kubikmeter Industrieholz und 1,66 Millionen Kubikmeter Stammholz durch Brände zerstört wurden. Die dadurch entstandene Schadenssumme wird mit insgesamt 1.190.000 € beziffert. Hieraus lässt sich ableiten, dass der Schadenswert für einen Kubikmeter dieses Holzes mit durchschnittlich 2,95 € berechnet wurde. Dieser Betrag widerspricht den aktuellen Preisen effizient, wonach der Fm Brennholz ca. 30 € und 1 Fm Stammholz ca. 70 € kostet.

Anzunehmende Ursache dieser extrem niedrigen Einschätzung: Brandenburg hat, in Relation zu anderen Bundesländern, die weitaus größten Holzverluste (1,26 Millionen m³ Industrieholz und 0,68 Millionen m³ Stammholz).¹⁵ In der Statistik wird aber keine Schadenssumme erfasst! Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass ein Großteil der Brandflächen in sogenannten Brandenburger Wildnisgebieten liegt, warum auch immer, in denen Feuer als natürliches Element positiv gesehen und die Holzverluste damit vielleicht auch nicht als Schaden betrachtet und gemeldet werden müssen. Die Geschäftsführer der Stiftung NLB haben Ähnliches bislang propagiert – es läuft ja unter Naturschutz – und die Bundesre-

gierung ist, wie im folgenden Zitat zu lesen ist, auch nicht ganz unbeteiligt daran.

NWeQZIF

Natürliche Waldentwicklung (NWE) in Deutschland – Qualitätssicherung und Verbesserung des Zugangs zu Informationen über den Flächenbestand

„Im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS 2007) wurde das Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2020 in Deutschland 5 % der Gesamtwaldfläche bzw. 10 % der öffentlichen Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Wälder mit natürlicher Entwicklung (NWE) sind Wälder oder waldfähige Flächen, auf denen dauerhaft keine forstlichen, naturschutzfachlichen oder landschaftspflegerischen Eingriffe stattfinden und für die dies rechtsverbindlich festgesetzt ist.“¹⁶

Ogleich in den vergangenen Jahrzehnten eine intensive Suche nach naturnahen Flächen stattgefunden hat, konnte das Ziel nicht erreicht werden. Es erscheint wenig realistisch, in dieser Größenordnung weitere Waldflächen zu finden. Man hält an den illusorischen Zielen fest und zieht den Schluss, den Wald zu Wildnis umzubauen und aus Kiefernwäldern durch einmalige Initialmaßnahmen in kurzer Zeit attraktive, dynamische und großräumige Wildnisgebiete entstehen zu lassen. Was damit gemeint ist, wird an anderer Stelle im DBU-Projekt genannt: den Kiefernwald durch Feuer, Totholzerzeugung und Borkenkäfer zu vernichten.

Das nennt sich dann: „Renaturierung zu Wildnis“ (DBU-Projekt)

Es gibt also keine „naturnahen Flächen“ mehr in Deutschland, denn der übergroße Anteil weltweit verteilt sich auf nur fünf Länder: USA, Brasilien, Russland, Kanada und Australien. Der Begriff „Wildnis“ hat seinen Ursprung in den westlichen Industriestaaten. Für indigene und lokale Bevölkerungsgruppen sind solche Gebiete lediglich Teil ihrer Umwelt, in der sie leben ihr Land nutzen und prägen. Es wäre daher wünschenswert, wenn sie in ihren Rechten weiterhin respektiert würden. Eine Einmischung der westlichen Welt wäre sicherlich nicht förderlich.

Aber in Deutschland, wo es diese sogenannte Wildnis überhaupt nicht gibt, ist man dabei, die Wälder zu zerstören, in dem Glauben, so Urwälder entstehen lassen zu können. Welch ein Schwachsinn! Das gilt auch für die folgende Artikulation aus dem DBU-Projekt:

... (3) Einfluss auf Verjüngung und Begleitvegetation.

Die vollkommene Zerstörung der ursprünglichen Vegetation/ Waldgesellschaft durch intensive Feuer führt meist zu einem Zurückwerfen in der sukzessionalen Entwicklung (KOVALEVA et al. 2012) und somit zu einer zeitlich langwierigeren Sukzessionsabfolge [HILLE 2006].

... Aus diesen Informationen zum Einfluss von Feuer als Störung in Kiefernwäldern haben sich Verfahren abgeleitet, die sich mit dem kontrollierten Abbrennen von Flächen als sog. „prescribed burning“ (HILLE & DEN OUDEN 2004, PIHA 2011) befassen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, das Zeitfenster zur Regeneration der Bestände zu verkürzen.¹⁷

Die deutsche Politik hat sich bereits seit vielen Jahren mit verschiedenen Möglichkeiten zur Beseitigung von Kiefernwäldern befasst. Aber erst im Jahr 2021 wurde ein verbindliches Ziel für natürliche Senken, also die Bindung von CO₂ durch zum Beispiel Wälder oder Moore, festgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn diesem Aspekt mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde, denn Wälder stellen die größten Kohlenstoffsinken an Land dar. Weltweit werden jährlich 7,6 Milliarden Tonnen Kohlenstoffdioxid von Wäldern aufgenommen und in ihrer Biomasse gespeichert.

Im Rahmen der Bestrebungen, in Europa mehr Wildnis zu schaffen, steht nicht die Verbesserung des Klimas im Vordergrund, sondern die Förderung der Artenvielfalt, auch Biodiversität genannt. Das Ziel ist die Schaffung von Urwäldern mit einer hohen Artenvielfalt, wobei das Totholz als entscheidender Faktor betrachtet wird. Das Klima in den Wäldern der nördlichen und gemäßigten Breiten, also auch in Mitteleuropa, eignet sich jedoch nicht für Urwälder und damit für Totholz als Kohlenstoffspeicher, wie es in tropischen Wäldern der Fall ist.

Totholz

„Totholz ist am globalen Kohlenstoffkreislauf beteiligt“, sagt Rupert Seidl, Professor für Ökosystemdynamik und Waldmanagement an der TUM. Demnach werden jährlich 10,9 Gigatonnen Kohlenstoff weltweit aus Totholz freigesetzt.

„Mit 93 Prozent tragen die Tropenwälder auf Grund ihrer hohen Holzmasse in Kombination mit schnellen Abbauprozessen überproportional zu diesem Ergebnis bei.“

Langsamer Abbau in Wäldern der nördlichen und gemäßigten Breiten führt dazu, dass hier Kohlenstoff über lange Zeiträume in Totholz gespeichert wird. Insekten haben am Holzabbau einen Anteil von fast einem Drittel, der sich überwiegend auf die Tropen beschränkt. In Wäldern der nördlichen und gemäßigten Breiten sind die Beiträge der Insekten jedoch gering“, erklärt PD Dr. Sebastian Seibold, Erstautor der Studie.¹⁸

In „Nature“, veröffentlicht am 01. September 2021, ist unter: „Der Beitrag von Insekten zum globalen Waldabbau“ zu lesen: „Die Menge an Kohlenstoff, die in Totholz gespeichert wird, entspricht etwa 8 Prozent der globalen Waldkohlenstoffvorräte.“¹⁹

Die Aussagen der drei hochrangigen, weltweit renommierten Professoren lassen den Schluss zu, dass in Wäldern der nördlichen und gemäßigten Breiten lediglich 0,76 Tonnen der aus Totholz erzeugten 10,9 Gigatonnen Kohlenstoff freigesetzt werden. Sie beweisen, dass die Visionen von Wildnis in Europa der Umwelt keinen Nutzen bringen.

„Würden weltweit geeignete Flächen aufgeforstet und bestehende, degradierte Wälder instand gesetzt werden, könnten dadurch 226 Gigatonnen Kohlenstoff zusätzlich gebunden werden. Das ist das Ergebnis einer Studie, die am 13.11.2023 im Fachjournal „Nature“ erschienen ist ([siehe Primärquelle](#)).“²⁰

Die Vereinten Nationen definieren das Konzept nachhaltige Waldbewirtschaftung heute wie folgt:

„Die nachhaltige Waldbewirtschaftung als dynamisches und sich entwickelndes Konzept verfolgt das Ziel, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Werte aller Arten von Wäldern zum Wohle gegenwärtiger und künftiger Generationen zu erhalten und zu verbessern.“
(Waldübereinkunft der Vereinten Nationen, 2007)²¹

- Die guten Vorsätze der Vereinten Nationen von 2007 werden einfach ignoriert. Das ist inakzeptabel.
- Es ist bedauerlich, dass Wissenschaftler, die über exzellentes Fachwissen verfügen, hinsichtlich der relevanten Aspekte und Lösungsansätze nicht die erforderliche Beachtung finden. Dies lässt den Schluss zu, dass politische Interessen einen größeren Einfluss haben als die wissenschaftliche Expertise.
- Es ist ein Skandal, dass Wissenschaftler mit einer Studie beauftragt werden, deren Ergebnisse dann nicht einmal proklamiert werden, nämlich, dass Kiefernwälder durch zerstörerische Maßnahmen wie Feuer, Windbruchsimulation, Grundwasser-manipulation und vieles mehr zerstört werden (DBU-Projekt). Damit wird in Deutschland an einem Urwald herumgebastelt, der laut wissenschaftlicher Expertise gar nicht existieren kann. Solche Vorgänge sind inakzeptabel.

Der Wald kann also nicht für den Klimawandel verantwortlich sein. Deutschland ist immer noch, wie vor tausend Jahren, zu einem Drittel bewaldet. Diesen Wald zu

hegen und zu pflegen muss also unsere Aufgabe sein, also Bäume pflanzen und nicht Bäume vernichten!

Was ist Wildnis überhaupt?

Weltweit gibt es 37 Orte, die die Kriterien von Conservation International für Wildnis erfüllen, nämlich:

- eine Größe von über 10.000 Quadratkilometer
- 70 % oder mehr ihrer ursprünglichen Vegetation
- eine Bevölkerungsdichte von weniger als fünf Individuen pro Quadratkilometer.

Der Begriff „Wildnis“ wird in der Alltagssprache verwendet, um naturbelassene Landflächen zu beschreiben. Es handelt sich um keinen naturwissenschaftlichen Begriff. Die Bedeutung von Wildnis ist von Kultur zu Kultur verschieden. In Mitteleuropa muss der Wildnisbegriff anders gedeutet werden als z.B. in den USA. Hier handelt es sich um Kulturlandschaften, die flächendeckend durch menschliche Nutzung geprägt sind. In ihnen gibt es streng genommen keine unbeeinflussten oder ungenutzten Flächen mehr. Dennoch sind in den Ländern der EU Flächen als Wildnisgebiete ausgewiesen. Die EU definiert Wildnis als

- ein Gebiet, in dem die Natur sich selbst überlassen ist,
- ein Ort, an dem die Natur sich frei entfalten kann, so wie sie es möchte,
- ein Ort, an dem die Natur sich von ihrer schönsten Seite zeigt,
- ein Ort, an dem die Natur sich von ihrer wilden, ungezähmten Seite zeigt,

- ein Ort, an dem die Natur sich von Kulturlandschaften, Städten, Landwirtschaftsflächen und Forsten abhebt,
- ein Ort, an dem die Natur sich in ihrer ganzen Pracht präsentiert und entfaltet.

Das sind alles Phrasen, die entweder auf Deutschland nicht zutreffen, oder mit dem Wildnisgedanken nichts gemein haben. Die Natur in ihrer ganzen Pracht muss den Menschen zugänglich sein, sonst kann sie sich ihm nicht präsentieren.

Umweltprojekte werden von einer Vielzahl von Akteuren durchgeführt, darunter große und kleine NGOs, lokale Behörden sowie politische und soziale Organisationen. Die kleineren NGOs profitieren von den finanziellen Ressourcen der größeren NGOs, während im Gegenzug die größeren NGOs von deren Fachwissen in Bezug auf lokale Vernetzung und Wissen profitieren.

Übrigens: Die Zusammenarbeit mit NGOs wird von Banken sehr geschätzt!

In Entwicklungsländern arbeitet Corporate Identity, kurz CI, mit lokalen NGOs und der indigenen Bevölkerung zusammen. Die Ausweisung von Fauna-Flora-Habitat-Gebieten, kurz FFH-Gebiete, ist weltweit das große Thema. Dafür stellt die EU ihren Mitgliedsstaaten einen geschätzten zweistelligen Milliardenbetrag zur Verfügung. Deutschland bekommt mehr als 1,5 Milliarden.

Es ist interessant, die Absichten hinter diesem Wildnisprojekt zu ergründen. Ebenso aufschlussreich ist es, die Motive für die Forcierung einer Maßnahme zu erfahren, die in unseren Breitengraden eigentlich nicht hei-

misch ist. Es steht außer Frage, dass es bei diesem Projekt um erhebliche finanzielle Mittel geht, die weltweit von der arbeitenden Bevölkerung erwirtschaftet und dann umverteilt werden. Die arbeitende Bevölkerung wird davon nicht profitieren.

Natura 2000

Das zusammenhängende Netz von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union wird als „Natura 2000“ bezeichnet. Die Tatsache, dass in lediglich 17 der ermittelten Staaten mehr als 70 % der insgesamt auf dem Land lebenden Arten vorkommen, wirft die Frage auf, welchen Sinn Natura 2000, ein EU-weites Netz von Schutzgebieten zur Erhaltung gefährdeter Arten, in Deutschland überhaupt macht. Die Grundlagen wurden mit viel Aufwand geschaffen: Eine Vogelschutz-Richtlinie (Richtlinie 2009/147/EG) und die für die Schutzgebiete der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) wurden geschaffen. Die Natur würde auch ohne die verschwenderische Beeinflussung des Menschen sehr gut klarkommen.

Die Förderung der Artenvielfalt sollte dort erfolgen, wo diese heimisch ist und ihren natürlichen Lebensraum findet. Zu jener Zeit, als die Wälder in Deutschland über Jahrhunderte hinweg gepflegt wurden, war die Artenvielfalt entsprechend unseren Breitengraden gegeben. In einem heute instand gesetzten, aufgeforsteten und gesunden Wald, wie im Fachjournal „Nature“ beschrieben, würde das nicht anders sein.

II

Auf den Spuren der vermeintlichen Gestalter von Wildnis & Urwald